

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

137 (15.10.1948)

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Süddeutsche Allgemeine

Bezugspreis monatlich DM 2,40 einschließlich Trägergebühr, Postzusatz DM 2,30 zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigenpreis: Die sechsgezeigte, 45 mm breite Mittelzeile Millimeter-Grundpreis DM —,00, im übrigen siehe zur Zeit gültige Preisliste Nr. 24. — Postcheckkonto: Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 80 235.

2. Jahrgang / Nr. 137

Karlsruhe, Freitag, 15. Oktober 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

Berlin heute vor dem Sicherheitsrat

Die Lage in der Berliner Krise vollständig festgefahren — Westmächte koordinieren ihre Taktik

Paris, 14. Okt. (UP) Die Vertreter der drei Westmächte, Philipp Jessup (USA), Sir Alexander Cadogan (Großbritannien) und Alexander Parodi (Frankreich) traten am Donnerstag zu einer Besprechung zusammen, um ihre Taktik in der Berliner Frage vor dem Sicherheitsrat festzulegen. Der Sicherheitsrat tritt bekanntlich am Freitag um 15.30 Uhr zusammen, um den Fall Berlin zu erörtern. Man rechnet allgemein mit der Möglichkeit eines sowjetischen Veto. In diesem Fall würde die Klage der Westmächte sofort der UN-Vollversammlung überwiesen werden. Die Vollversammlung der UN, in der die Großmächte kein Voterecht haben, kann jedoch nur Vorschläge machen. Ein britischer Sprecher erklärte am Donnerstag, die Westmächte würden auf ihrem bisherigen Standpunkt beharren, wonach die Sowjetunion zunächst von Gewaltmaßnahmen in Berlin absehen müsse. Sobald

dieses geschehen sei, könne man über jede Frage vor jedem Gremium mit den Russen verhandeln. Der argentinische Außenminister Bramuglia hatte am Donnerstag eine Unterredung mit dem sowjetischen Vertreter Andrej Wyachinski. Wie es heißt, stehe Bramuglia auf dem Standpunkt, daß das starre Festhalten beider Parteien an ihrer Ansicht und deren mangelnde Bereitschaft zu einer Kompromißlösung seine Bemühungen vereitelt habe. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Bramuglia sich in der Abstimmung über die Berliner Frage im Sicherheitsrat der Stimmabgabe enthalten werde, um, wie es in Argentinien genannt wurde, eine „dritte Position“ zwischen den beiden Parteien einzunehmen. Die westlichen Großmächte haben bisher von Bramuglia noch keine Kopien der sowjetischen Antworten erhalten. Die Lage in der Berliner Krise ist nunmehr vollständig festgefahren.

anderthalbstündigen Diskussion darüber, in welcher Form der Unteranschub bei seinen Beratungen vorgehen soll, wurde vereinbart, daß der sowjetische Vorschlag über die Eindrittelsbrüstung der fünf Großmächte und das Verbot der Atomwaffen als erster erörtert werden soll.

Palästina-Debatte

Paris, 14. Okt. (DENA) Der Weltfriedensrat der Vereinten Nationen trat am Donnerstagsnachmittag unter dem Vorsitz des amerikanischen Delegierten Warren Austin zusammen, um die Palästina-Frage zu erörtern. Die Delegierten billigten den Vorschlag zur Teilnahme von Vertretern Israels, Ägyptens, des Libanon und des Hohen arabischen Komitees an den Palästina-Debatten des Rats. Der amtierende UN-Vermittler Dr. Ralph Bunche erklärte laut AFP in seinem Referat über die ständigen Waffenstillstandsverletzungen im Heiligen Land, es mache sich gegenwärtig eine Tendenz bemerkbar, alle Verpflichtungen, die Juden und Araber beim Abschluß des Waffenstillstandes auf sich genommen haben, zu vergessen.

Leipziger Bürgermeister floh

Bonn, 14. Okt. (UP) Josef Eichelbaum, bisher zweiter Bürgermeister von Leipzig, hat die sowjetische Besatzungszone verlassen und traf am Mittwochabend nach vierstündiger Flucht in Bonn ein. Eichelbaum erklärte einem Vertreter der United Press, er könne keine Einzelheiten über seine Flucht bekanntgeben, solange gewisse Helfer noch nicht in Sicherheit seien. Er gab lediglich zu, daß er sich nach Berlin begeben hat und mit einem Flugzeug der britischen Luftstreitkräfte nach Westdeutschland kam. Eichelbaum mußte seine Familie in Leipzig zurücklassen. Er sagte, daß ihm Freunde unter den sowjetischen Stabsoffizieren in Leipzig versichert hätten, daß die Sowjetunion nicht in der Lage sei, in absehbarer Zeit einen Krieg zu beginnen. Er stimmt nicht, daß die sowjetischen Behörden in der Ostzone Kriegsvorbereitungen treffen. Vom Eintreffen sowjetischer Spezialeinheiten in der Ostzone könne nicht die Rede sein. Eichelbaum ist Mitglied der Ostzonen-CDU und war gezwungen worden, sich an der kommunistisch beherrschten Politik des „Demokratischen Blocks“ zu beteiligen.

SED Berlins droht mit Volksaufstand

Verlegung der Sitzung im Westsektor keine Spaltung des Magistrats

Berlin, 14. Okt. (UP) Der am vergangenen Samstag aus dem Magistrat ausgeschlossene SED-Funktionär Waldemar Schmidt erklärte in einer Pressekonferenz, daß jeder Versuch der Bildung einer separaten Stadtverwaltung in den westlichen Sektoren Berlins von einem „Volksaufstand“ unmöglich gemacht werden würde. Schmidt sprach die Warnung zu einer Zeit aus, zu der im britischen Sektor Berlins die nichtkommunistischen Mitglieder des Berliner Magistrats ihre unterbrochene Sitzung fortsetzten. Schmidt betonte, daß die Bevölkerung Berlins jeder separaten Stadtverwaltung innerhalb eines einzigen Tages den Garaus machen würde. Nach Eröffnung der Sitzung des Magistrats im Gebäude des Gesundheitsfürsorgeamtes von Berlin, das im britischen Sektor liegt, nahm der Magistrat die Beratung über den Entwurf eines Appells an die Vereinten Nationen auf, an dem die sofortige Entlassung von 80 Angestellten der Berliner Stadtverwaltung gefordert werden wird, die sich in sowjetischer Haft befinden. Waldemar Schmidt, der seines Postens als Leiter des Berliner Arbeitsamtes enthoben wurde, kündigte an, daß er sein Amt weiter ausfüllen werde, da die Berliner Stadtverordnetenversammlung kein Recht habe, ihn zu entlassen. Ein Sprecher der Presseabteilung des Berliner Magistrats gab bekannt, daß die Verlegung der Mittwoch-Sit-

zung des Magistrats in den britischen Sektor der Stadt nicht die Spaltung des Magistrats bedeute. Es sei vielmehr zu hoffen, daß die nächste Zusammenkunft des Magistrats wieder in dem im sowjetischen Sektor liegenden Stadthaus stattfinden wird.

Gegenblockade-Maßnahmen

Frankfurt, 14. Okt. (UP) Die Zweimächte-Kontrollbehörden in Frankfurt am Main haben am Donnerstag bekanntgegeben, daß die illegale Einfuhr von Wirtschaftsgütern aus der Bizonne in die sowjetische Besatzungszone durch entsprechende Maßnahmen auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden müsse. In elf Verordnungen werden die ersten Schritte unternommen, die als Gegenmaßnahmen gegen die russische Blockade Berlins gedacht sind.

„Pseudo-Parlamentarismus“

München, 14. Okt. (SAZ) In der Lohn- und Preisdebatte des bayerischen Landtages erklärte der Abg. Otto Schneck (CSU), daß durch das Ausbleiben der versprochenen Marshall-Plan-Hilfe und der so dringend notwendigen Rohstoffe die Westzone vor einem Zusammenbruch der neuen deutschen Währung und damit vor dem Zusammenbruch der neuen Demokratie stünde. (Zuruf: Sie ist ja schon zusammengebrochen!) Es herrsche heute in Deutschland ein Pseudo-Parlamentarismus und eine Pseudo-Demokratie, die jede Souveränität bei den Besatzungsmächten liege. Die Abgeordneten der Landtage seien parlamentarische Eunuchen, viele Maßnahmen der Parteien und Landtage seien eine staatsrechtliche Illusion. (rh)

Transportarbeiter streiken in Hessen

Gewerkschaft unterstützt Forderungen der Arbeitnehmer auf Lohnerhöhung

Frankfurt, 14. Okt. (DENA) Der von der Gewerkschaft „Handel und verwandte Berufe“ am Mittwoch für Hessen ausgetretene Streik war in Frankfurt fortgesetzt, nachdem der Arbeitgeberverband die Forderung auf 12-prozentige Lohnerhöhung weiter ablehnt. Die Verantwortung für diesen Streik liegt ausschließlich beim Arbeitgeberverband, mit dem seit August eine Einigung angestrebt worden sei. In Offenbach haben dagegen bereits sieben Firmen die Forderungen der Arbeitnehmer angenommen, so daß dort bereits eine Entspannung eingetreten ist. „Herunter zu den Löhnen, wir wollen auch leben!“, so lau-

Drohende Krise im Wirtschaftsrat

CDU/CSU gegen Schlange-Schönungen — Dr. Hermes Nachfolger des Direktors der VEF?

Frankfurt, 14. Okt. (SAZ) In den letzten Tagen hat sich die Spannung in der Frankfurter Zweizonen-Verwaltung verstärkt. Innerhalb der Regierungspartei treten starke Strömungen gegen den derzeitigen Direktor der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Schlange-Schönungen, auf, der besonders von der bayerischen CSU häufig angegriffen wird. Ihm wird vorgeworfen, daß er an dem Zusammenbruch der Fleisch- und Brotversorgung schuld trägt. Tatsächlich scheint die sich abzeichnende Ernährungskrise bei der CDU/CSU eine gewisse Nervosität in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen hervorgerufen zu haben. Die am Donnerstag von allen Direktoren des Verwaltungsrates erlassene Proklamation zur Ernährungslage mit einem Appell an die Disziplin des Volkes muß auch in dieser Richtung gewertet werden. Interessant ist, daß der Präsident des Zweizonen-Wirtschaftsrates, Dr. Köhler (CDU), sowie der Vertreter des Länderrats, Dr. Bernhard Hansen (SPD), die Proklamation ursprünglich mit unterschrieben haben und dann in letzter Minute ihre Unterschrift wieder zurückzogen.

In Fraktionspolitischen Kreisen wird bekannt, daß am Mittwoch Vertreter der bayerischen CSU in Frank-



Commonwealth-Konferenz in London

Am 11. Oktober 1948 wurde in London in der Downing-Street 10 die britische Commonwealth-Konferenz, die wichtigste „Familienversammlung“ des britischen Empire, eröffnet. Unser Bild zeigt: Ein Schnappschuß vor Beginn der Konferenz. Der englische Premierminister Clement R. Attlee (rechts), der den Vorsitz der Commonwealth-Konferenz führt, unterhält sich mit Dr. E. V. G. (links), dem australischen Außenminister und dem Angehörigen der australischen Delegation, Mr. Beasley. (Aufnahme: DENA-IMP-Bild)

furt eintrafen, um mit Dr. Schlange-Schönungen zu verhandeln. Sie sollen den Direktor aufgefordert haben, aus Gesundheitsrückichten zurückzutreten, was Dr. Schlange-Schönungen jedoch kategorisch abgelehnt hat. Er wolle, wenn es sein muß, „kämpfend untergehen“. Am nächsten Montag will sich die Fraktion der CDU/CSU „notwendig“ zusammensetzen und ihre Stellungnahme zum Falle Dr. Schlange-Schönungen treffen. Es wird angenommen, daß die bayerischen Vertreter der CSU auf einen Mißtrauensantrag Dr. Schlange-Schönungen bestehen werden, selbst dann, wenn die übrigen Mitglieder sich nicht dazu entschließen könnten. Sie hoffen auf die Stimmen der SPD und KPD, die natürlich gerne die Gelegenheit wahrnehmen würden, um Schlange-Schönungen zu stürzen. Jedoch will die CSU gleichzeitig den engsten Mitarbeiter Schlange-Schönungen, den Ministerialdirektor Podewyn (SPD) ausbothen, der von seinen Fraktion genützt werden soll. Höchstwahrscheinlich wird sich also beim Mißtrauensantrag die SPD der Stimmen enthalten. Auch schon der mögliche Nachfolger Dr. Schlange-Schönungen wird in politischen Kreisen Frankfurts genannt. Man spricht von dem Reichsminister A. D. und jetzigen Präsidenten der

Bauernverbände, Dr. Hermes, der ebenfalls der CSU angehört. Wie ferner bekannt wird, hat Dr. Josef Müller, der Vorsitzende der bayerischen CSU, bereits Fühlung mit Hermes aufgenommen. Allgemein betrachtet man in Frankfurt den Fall Schlange-Schönungen als ein Experiment für das größere Ziel, das gewisse Kreise innerhalb der bayerischen CSU im Auge haben, nämlich den Sturz von Prof. Dr. Erhard. Dieser besitzt im Augenblick aber noch eine weit stärkere Stellung als Schlange-Schönungen.

Dr. Buchmann in Stuttgart
Stuttgart, 14. Okt. (SAZ) Im Rahmen eines feierlichen Staatsempfangs wurde der Gründer und Leiter des Weltbundes für Moralische Aufrüstung, Dr. Frank Buchmann, am Donnerstag nachmittag von Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier und den Mitgliedern seines Kabinetts in Stuttgart empfangen. In seiner Begrüßungswortrede bezeichnete der Ministerpräsident das Deutschland von heute als einen guten Boden für Moralische Aufrüstung. (z)

Plädoyer im Van Dyck-Prozess
Stuttgart, 14. Okt. (SAZ) Im Prozeß gegen Hans van Dyck, den Redakteur des kommunistischen Parteilorgans „Volksstimme“, beharren in ihrem Plädoyer sowohl die amerikanischen Kläger als auch der deutsche Verteidiger auf ihrem ursprünglich eingenommenen Standpunkt. Die Anklage bezeichnete van Dyck als vorwärtlichen bösewilligen Verbreiter falscher Nachrichten und hält dem kommunistischen Redakteur auch in allen anderen Punkten der Anklageschrift nach wie vor für schuldig. Rechtsanwalt Dr. Nagel dagegen plädierte auf „nicht schuldig“ und motivierte diesen Antrag vor allem durch wiederholten Hinweis auf die Pressefreiheit, die in einem besetzten Lande naturgemäß zwar noch gewissen Beschränkungen unterworfen sei, aber dennoch in diesem Stadium der demokratischen Entwicklung „das Recht des Irrtums“ einschließen müsse. Das Gericht wird das Urteil am 1. November, 19 Uhr, in Ludwigsburg verkünden. Im Einverständnis der Anklagebehörde bleibt van Dyck gegen Gestellung einer Kaution in bisheriger Höhe auf freiem Fuß. (z)

ViW appelliert an die Bevölkerung

„Nur bei voller Selbstdisziplin werden Zwangsmethoden vermieden“

Frankfurt, 14. Okt. (DENA) Der Zweizonenverwaltungsrat erließ eine Proklamation an die Bevölkerung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, die an die Erzeuger, die verarbeitenden Betriebe, den Handel und die Verbraucher die dringende Mahnung richtet, die bestehenden Bestimmungen über die Bewirtschaftung der Grundnahrungsmittel zu befolgen, damit „die in letzter Zeit eingetretene Verwirtschafter“ unterbleibe.

Die Proklamation, die sich eng an den Aufruf des Direktors der VEF, Dr. Schlange-Schönungen, vom Dienstag anlehnt, begründet die Nichtaufhebung der Bewirtschaftung der Grundnahrungsmittel damit, daß „die Bedarfsdeckung des deutschen Volkes trotz der Steigerung der Einfuhr und trotz der guten Ernte bisher noch immer nicht ausreichend ist, daher müßten Brotgetreide, Brot, Nahrungsmittel, Mehl, Milch und Milchzeugnisse, Fette aller Art, Nutz- und Zuchtvieh, Fleisch und Fleischwaren, sowie Fische und Zucker weiterhin voll bewirt-

schaffen bleiben. Dergleichen hätte bei Kartoffel lediglich die Zuteilung auf Karte aufgehoben werden können. Die Verorzugung unseres Volkes mit diesen Grundnahrungsmitteln im kommenden Winter und Frühjahr ist nur dann gewährleistet, wenn ein Ausbruch dieser Waren aus der Lenkung mit allen Kräften verhindert wird. Andernfalls müssen die Rationen gesenkt werden.“ Die Proklamation schließt: „Nur bei voller Selbstdisziplin aller Beteiligten kann eine Rückkehr zu den Zwangsmethoden vermieden werden.“

Die Lockerung der Bewirtschaftung in anderen Sektoren heißt es einangs der Proklamation, war nach der Währungsinstellung zur Steigerung der Produktion notwendig, zumal das Geld wieder seine Verteilungsfunktion übernehmen sollte. Die Richtigkeit des beschrifteten Weges sei durch die erfreuliche Entwicklung der Privatwirtschaft, die erhöhte Arbeitsleistung sowie das Steigen der Gütererzeugung bewiesen worden.

Welt-Rundschau

VERNON (Illinois/USA) Der republikanische Präsidentschaftskandidat Thomas E. Dewey wurde auf seiner Wahlreise beim Verlassen des Zuges in Vernon mit Tomaten beworfen. — MADRID, 80 Kommunisten werden beschuldigt, Sprengstoffanschläge gegen Zeitungsverkäufer geplant zu haben. — PRAG, in Prag wurden 3 Schwarzhändler durch den Strang hingerichtet. — KAIRO, die ägyptische Regierung gab offiziell bekannt, daß sie die neue arabische Regierung für Palästina anerkannt hat. (UP) — BEIRUT, Die Forderungen des Libanon und Syriens haben die in Gasse gebildete arabische Palästina-Regierung ebenfalls offiziell anerkannt. — BATAVIA, Der Generalgouverneur von Niederländisch-Indien, Hubertus van Mook, ist zurückgetreten. (UP) — TOKIO, Der konservative japanische Politiker Shigeru Yoshida ist vom japanischen Parlament mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden. (Alle nicht geschickten Nachrichten: DENA)

HANDEL UND WIRTSCHAFT

Ein langfristiges Wiederaufbauprogramm für die Bizone

Frankfurt (SAZ). In Frankfurt macht man sich neben den alltäglichen Sorgen um die augenblickliche Wirtschaftspolitik doch auch Gedanken über die Zukunft. Mit dem Anlaufen des Marshall-Planes wurden Westdeutschland ganz konkrete Ziele gesteckt, die bis zum Jahre 1952 erreicht sein sollen. In diesem Jahr werden die Marshall-Kredite auflaufen. Gleichzeitig muß die deutsche Handelsbilanz mit Ein- und Ausfuhr ausgeglichen sein. Man ist sich klar darüber, daß wir gegenwärtig noch recht weit von diesem Ziele entfernt sind. Erst nach der Währungsreform machte sich eine beginnende Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft bemerkbar. Alles hängt jetzt davon ab, ob rechtzeitig die notwendige Rohstoffe in genügender Menge eingehen, damit keine Stockung in der Produktion eintritt. Um die Importe im Rahmen der Marshallplan-Hilfe richtig zu verwenden, haben die Frankfurter ERP-Dienststellen der VWV jetzt ein langfristiges Programm aufgestellt (Lang term plan), das als kleiner Marshall-Plan für Westdeutschland angesehen werden kann. In diesem Plan sind die Grundzüge der künftigen Entwicklung des deutschen Außenhandels festgelegt. Ferner ist ein Weg zum Ausgleich der Zahlungsbilanz gewiesen. Vor allem aber berücksichtigt der Plan die notwendigen Investitionen für Industrie, Landwirtschaft und Verkehrswesen für die nächsten Jahre. In einem abschließenden Memorandum stellt der Plan den wichtigsten Bedarf an Material und Kapital für das Gelingen des „kleinen Marshall-Planes“ zusammen.

Die Erzeugung von Eisen und Stahl soll bis 1952 auf 12,5 Mill. t gesteigert werden. Hier muß jedoch noch die Genehmigung der Besatzungsmächte vorliegen, die bekanntlich in dem zwölften Industriepfad nur eine jährliche Erzeugung von 10,7 Mill. t gesteckt haben. Der Plan macht jedoch deutlich, daß für den Wiederaufbaubedarf und für die Errichtung neuer Anlagen die Stahlherzeugung unbedingt auf 12,5 Mill. t gesteigert werden muß. Besonders Augenmerk richtet der Plan auf den Ausbau von neuen Kraftwerken in Westdeutschland. Hier soll besonders die Wasserkraft mehr als bisher nutzbar gemacht werden. Die Einfuhr von Lebensmitteln will man dagegen, so gut es geht, reduzieren und die Leistungen der eigenen Landwirtschaft durch eine großzügige Technisierung wesentlich steigern.

Die Investitionskosten für die deutsche Industrie in der Doppelsonne betragen sich nach dem Plan auf 7,3 Mill. D-Mark allein für die Grundindustrien. Dazu kommen noch für Verkehr, Landwirtschaft und Wohnungsbau Kapitalien in Höhe von 13,3 Mill. D-Mark. Es ist klar, daß diese Summe von der deutschen Wirtschaft allein einfach nicht aufgebracht werden kann. Es wird deshalb kein anderer Weg bleiben, als den Hauptteil der Mittel aus dem ERP-Programm für Investitionszwecke zu benutzen und zu hoffen, daß noch weitere ausländische Kredite, vielleicht für den Ruhrbereich und für die Reichsbahn zur Verfügung gestellt werden. Auf jeden Fall wird sich der Konsument zugunsten der Investitionen in den kommenden Jahren noch recht mit seinen Wünschen zurückhalten müssen, wenn Westdeutschland nach 1952 nicht mehr Almosenempfänger der Welt bleiben will.

Unbesahle Kohlenexporte. Die Bekämpfung der deutschen Kohlenexporte im Ausland erfolgt nach Mitteilung des Generaldirektors der Deutschen Kohlebergbauverwaltung, Dr. Koest, nur sehr zögernd und bietet öffentliche Schwierigkeiten. So seien gegenwärtig noch die Juli- und auch ein Teil der Juni-Ausfuhren unbesahlt. Die deutsche Bergbau müsse daher die Forderung „Lieferung gegen Kasse“ annehmen. Weiter vertritt Dr. Koest die Ansicht, daß der deutsche Kohlenexportpreis dem des Auslandes angepaßt werden müsse. Nach Äußerungen der beiden Militärgouverneure Clay und Robertson, die dem Ruhrgebiet einen zweitägigen Besuch abstatuerten, werden zur Zeit von deutscher Seite Untersuchungen angestellt, nach deren Prüfung sich gegebenenfalls die Möglichkeiten einer Senkung des Kohleninlandspreises ergeben soll.

Krediteinschränkung bei den Banken. In Auswirkung des vierten Währungsgesetzes mit der Streichung von sieben Zehntel der Festkonten haben die Landeszentralbanken am vorgegangenen Wochenende die angeschlossenen Banken dahingehend verständigt, daß die ursprüngliche Kreditzustellung aller Institute in Auswirkung dieser Maßnahmen sofort um 35 Prozent gekürzt wird. Wie wir erfahren, sind heute bereits entsprechende Abschreibungen auf den auf dem Konten der Banken bei den Landeszentralbanken durchgeführt worden. Damit dürfen die Kreditmöglichkeiten der Banken um mehrere hundert Millionen D-Mark verkleinert worden sein. Die Auswirkungen zeigten sich bereits im heutigen Geldverkehr. Sowohl kurzfristiges Geld, das heißt Tagesgeld, war unter Banken mit 2 1/2 Prozent scharf gesucht. Auch Monatsgeld ist sehr knapp und kostet unter Banken sogar 3 Prozent. Die weitere Auswirkung dieser Maßnahme dürfte wahrscheinlich auch eine ansehnliche Kürzung im Giroverkehr mit der Industrie und dem Warenhandel sein.

Neue JELA-Abschlüsse. Frankfurt. (SAZ). In den letzten zehn Tagen wurden im Lande Nordrhein-Westfalen Exportabschlüsse über eine Million Dollar mit dem Ausland erzielt. Davon waren allein Ausfuhrabschlüsse im Werte von 700 000 Dollar für Stahl und Stahlerzeugnisse, ferner Farbstoffe sowie ein Abschluß über die Entsendung deutscher Techniker nach Rumänien und Frankreich. Zwischen einer Firma aus Würstern-Baden und der Schweiz wurde ein Abkommen über die Verarbeitung von Schokolade im Werte von 4500 Dollar abgeschlossen, wie die Nebenstelle Stuttgart der JELA bekannt gibt.

Prima Rohbraunkohlen. PH. BADER nachh. Kaiserstrasse 247, Fernruf 1494, 4777. Kleider u. Sportw. neuw. zu verk. ... I-Träger ... Ladentisch ... Hemde, Ofen, Gasherde ... Haus- und Grundbesitzer!

Warenbegleiteinschwarz aufgehoben. Stuttgart. (SAZ). Nach einer Mitteilung der Hauptverwaltung der Straßen des Vereinten Wirtschaftsgebietes sind Warenbegleitschwarz für die Ausfuhr aus der amerikanischen und die Einfuhr in die britische und französische Zone mit sofortiger Wirkung nicht mehr erforderlich.

Stellen-Angebote. Haupt- und Nebenstellen Vertret. für Großhandelsversicherung in Stadt und Land gesucht. ... Vertret(er) für leistungsfähiges Fuhrverwandtschaft bei 40% Prov. ... Schneidermeister für Möbelherstellung ...

Stallangebots. Jungeres, promovierter Chemiker sucht entspr. Stelle in chem. Betrieb mit Labor. ... 2 möbl. Zimmer mit Bad u. Küche von jüng. Kinder Arztepaar ges. ... 3-4-Z. Wohnung für uns. tech. Leiter ...

Zu mieten gesucht. Möbl. Zimmer, bath. v. Stud. zu miet. ... 2 H.-Anzige, 2 H.-Winterräume, 1 schw. Anzug, mittel Größe, 1 Zyrtel ...

Zu verkaufen. 3 H.-Anzige, 2 H.-Winterräume, 1 schw. Anzug, mittel Größe, 1 Zyrtel ...

8649. Ihre Rufnummer für Anzeigen. RHEINGOLD. Rheinstr. 77, Ruf 0262 Vom 15.10. - 21.10. ... SKALA. Rhe-Durich, Ruf 180 Vom 15.10. - 21.10. ...

WEGE IM ZWIELICHT. mit Gustav Fröhlich u. G. P.

Handballvergleichskampf Süd- gegen Nordbad. Zur gleichen Stunde, zu der in Landau Süddeutschland mit den Badnern Kulte (Karlsruhe), Thome (Rot) und dem beiden Neckaruern Reichert und Morawetz gegen Süddeutschland antrat, findet in St. Leon ein Vergleichskampf Süd- gegen Nordbaden statt.

Wasserhall. Das 2. Wasserhall-Turnier findet am Sonntag, den 17. Oktober, vorm- und nachmittags im Städt. Viertelstad statt. Vereine aus Ludwigsburg (Württ. Meister), KS Neptun Karlsruhe (Bad. Meister), Nikar Heidelberg, ET Heidelberg, VfVW Mannheim, 1. BSC Pforzheim und der KTV 46 als Veranstalter sind am Start.

Gewinnverteilung beim Fußball-Toto vom 9./10. 18. 48. Beim 2. Fußball-Toto sind 17 236 DM auf gekommen, hiervon kommen 50 1/2 = 862,50 DM zur Ausschüttung. Auf die einzelnen drei Ränge entfallen je 287,50 DM. Da aber im dritten Rang 4706 Gewinner sind und die Einzelquoten unter 1.- DM liegen, wird der 3. Rang nicht ausbezahlt.

Fußball: Süddeutschland — Norddeutschland in Nürnberg. Oberliga 17. 18. 48 VfR Mannheim — 1869 München. Landesliga 18. 10. 1. FC Pforzheim — VfB Knielingen. ...

Kreisf. A. St. 1: FC 21 Karlsruhe — Belerheim. St. 2: FC 21 Karlsruhe — Spessart — Ruppurr, Kleinsteinbach — Jöhlingen, Bussenbach — Bulach, Bretten — Frankonia Khe. ...

Gruppenliga Nord: 99 Seckenheim — 98 Seckenheim, Leutershausen — Viernheim. Handchulshelm — Laudendach. Hockenheim — Schwetzingen. Olfersheim — Nußloch. ...

Herrn Verlagsdirektor Erich Vollmar. sind so viele Bekundungen herrlicher und stichtiger Anteilnahme... Karlsruhe, den 13. Oktober 1948.

Gottesdienstsanzeiger. Freiribigen Gemeinde, Sonntag, den 17. Oktober 1948, vorm. 10 Uhr, Montessal, Waldstraße 79, Sonntagsgottesdienst.

Familien-Anzeigen. Als Verlobte grüßen Annerade Willrich, Chefred. Loren Frosch, Denise — Karlsruhe — Crawfordville 78. Oktober 1948. — Indiana USA.

Vorstellungen. Kurler Liederkreis v. V. Sonntag, 17. 10., 19.30 Uhr, im Städt. Konzertsaal, KONZERT zum 109. Stiftungsfest. ...

ATLANTIK-Lichtspiele. Den engl. Spitzenfilm „Ausgeböhrt“, mit James Mason u. Robert Newton. Spannung — Abenteuer — Sensation. Ein Film, der auch Sie begeistert. Tagl. 14.00, 18.30, 19.45, 21.50 Uhr. Eintrittspreise ab — 69 DM.

MARKGRAFEN - Theater Durlach. „Nicholas Nickleby“, nach dem Roman von Charles Dickens. ... METROPOL. Neckarstr. 22. Irene Dunne, Rex Harrison u. a. m. in dem Großfilm „Anna und der König von Siam“. ...

Der Herr von Senebier. Eine der interessantesten Film-Schöpfungen der letzten Zeit! Ein Farbfilm - in deutscher Sprache! ...

REHERDE, Ofen, Gasherde. Dür. Zähringerstrasse 57 - Fernruf 5456.

Haus- und Grundbesitzer! Mit der Verwirklichung der neuen Umstellungsgrundschriften für den Lastenausgleich kann bis 30. 10. 1948 ein Besoldungskontingent (Sparkasse, Girozentrale, Hypothekendarlehen, Bausparkasse usw.) beantragt werden. ...

F. MAIER Oberbeuren bei Kaufbeuren (Allgäu). 20 Jahre Garantie für stets gleichbleibende Elastizität! Betonen Sie die Qualität! Kurztfristig lieferbar!

PH. BADER nachh. Kaiserstrasse 247, Fernruf 1494, 4777. Kleider u. Sportw. neuw. zu verk. ...

Schönheitspflege. Dipl.-Kosmetikerin C. HERRMANN, KARLSRUHE. Sophienstraße 180, Telefon 8400. Ein neuer Kursus beginnt heute am 15. Oktober.

ROSENTHAL. Kriegerstraße 76. Ruf 14 19. Jagd- und Sportw. neuw. zu verk. ...

FOTO-Filme Platten Papiere. Rosenthal. Kriegerstraße 76. Ruf 14 19. Jagd- und Sportw. neuw. zu verk. ...

la. Zement-Falzziegel. Für Kredit in jeglichem Umfang, die meiner Frau, Rosa Lück, gek. Palm, gewährt werden, bitte ich nicht, Karl Lück, Ehe., Meistr. 24.

RADIO BLAUPUNKT Teilzahlung. Reparaturen kurzfristig. Piasecki. Schützenstr. 17, Telefon 5092.

Herde, Ofen, Gasherde. Dür. Zähringerstrasse 57 - Fernruf 5456.

Haus- und Grundbesitzer! Mit der Verwirklichung der neuen Umstellungsgrundschriften für den Lastenausgleich kann bis 30. 10. 1948 ein Besoldungskontingent (Sparkasse, Girozentrale, Hypothekendarlehen, Bausparkasse usw.) beantragt werden. ...

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK. BLB

WEGE IM ZWIELICHT. mit Gustav Fröhlich u. G. P.

F. MAIER Oberbeuren bei Kaufbeuren (Allgäu). 20 Jahre Garantie für stets gleichbleibende Elastizität!

Haus- und Grundbesitzer! Mit der Verwirklichung der neuen Umstellungsgrundschriften für den Lastenausgleich kann bis 30. 10. 1948 ein Besoldungskontingent (Sparkasse, Girozentrale, Hypothekendarlehen, Bausparkasse usw.) beantragt werden. ...

Die öffentlichen Sprachhelfer. Die öffentliche Sprachhelfer.